



<https://biz.li/39kg>

HOPPENSTEDT: SUEDLINK-PRÜFUNGEN SCHREITEN VORAN

Veröffentlicht am 28.05.2018 um 18:57 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Im Rahmen eines öffentlichen Infomarkts informiert

TenneT am morgigen Dienstag, 29. Mai 2018, von 16 bis 20 Uhr in der Aula des Schulzentrums I in Garbsen über den aktuellen Planungsstand sowie die weiteren Beteiligungsmöglichkeiten beim SuedLink. Zuvor werden am gleichen Tag die Kommunalpolitiker auf den aktuellen Stand gebracht. Dies begrüßt der in der nördlichen Region Hannover direkt gewählte Bundestagsabgeordnete Dr. Hendrik Hoppenstedt (CDU). "Ich finde es gut, dass TenneT transparent arbeitet und die betroffenen Bürgerinnen und Bürger und Kommunen auch über Zwischenstände seiner Prüfungen informiert", sagte Hoppenstedt, der den Planungsprozess für SuedLink insbesondere in seinem Wahlkreis von Beginn begleitet. "TenneT muss als Vorhabenträger den von der Bundesnetzagentur (BNetzA) als Genehmigungsbehörde vorgegebenen Untersuchungsrahmen abarbeiten", erläuterte der Abgeordnete. Der Untersuchungsrahmen umfasse Prüfungen des aktuellen Vorschlagskorridors sowie in Frage kommender Alternativen, so Hoppenstedt. Nach Abschluss der laufenden Prüfungen müsse TenneT bei der BNetzA die vollständigen Unterlagen einreichen, die die Behörde für die raumordnerische Beurteilung und Umweltprüfung der Trassenkorridore benötigt. Anschließend werden die Träger öffentlicher Belange wie zum Beispiel die betroffenen Städte und Gemeinden um Stellungnahme gebeten. "Die BNetzA wird erneut die Öffentlichkeit beteiligen, sodass Bürgerinnen und Bürger Einwendungen erheben können", sagte Hoppenstedt. Bevor die BNetzA endgültig entscheide, werde noch ein Erörterungstermin durchgeführt, bei dem Kritikpunkte mit TenneT als Vorhabenträger und denjenigen, die fristgerecht Einwendungen erhoben haben, fachlich diskutiert werden. "Erst nach Abschluss dieses aufwändigen Verfahrens wird die BNetzA einen raum- und umweltverträglichen Korridor bestimmen in dessen Grenzen später die konkrete Leitung gebaut werden darf", sagte Hoppenstedt.